

„Kinder können sich nicht aus Armut befreien“

Kinderschutzbund will helfen mit Bildung, gesellschaftlicher Teilhabe, Geburtstagsfeten oder Soli

Brigitte Ulitschka

„Wir haben keine Bodenschätze“, sagt der neue Vorsitzende des Kinderschutzbundes Andreas Gehrke. Wissen sei das Pfund, mit dem sich künftig wuchern lässt. Das setzt Bildung voraus. Dafür will der Kinderschutzbund sorgen – auch bei armen Kindern.

Doch nicht nur um Bildung geht es Gehrke, sondern auch um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dazu gehöre die Geburtstagsfeier. Arme Kinder laden oft keine Freunde ein. Weil sie kein Geld haben, keinen Platz, sich schämen für Wohnverhältnisse. Auch bei

der Geburtstagsfete möchte der Kinderschutzbund ihnen helfen. „Warum nicht in der Bibliothek oder im Museum feiern?“, fragt sich Gehrke. Er will die Fühler zu den Einrichtungen ausstrecken. Für ein Buch als Geschenk ließen sich bestimmt Sponsoren finden. Und die Feiern dort oder im Museum hätten den Vorteil, dass der Nachwuchs die Einrichtungen kennenlernt.

„Kinder können sich nicht selbst aus Armut befreien“, macht sich Gehrke zu ihrem Sprecher. Deshalb müsse die Gesellschaft sich mehr anstrengen, um Jungen und Mädchen herauszuhelfen aus



Fordert Bildung auch für arme Kinder: Andreas Gehrke. Foto: U.K.

der Benachteiligung. Ging es 2009 am Weltkindertag um die Rechte von Kindern und darum, dass sie ins Grundgesetz gehören, dreht sich dieses Jahr vieles um arme Kinder.

„Kinderarmut – Zeit zu handeln – Jetzt“ ist die Resolution

der NRW-Landesmitgliederversammlung des Deutschen Kinderschutzbundes überschrieben. Sie wurde jetzt beschlossen und in die Wuppertaler Erklärung gegossen – unter Beteiligung Gehrkes und seiner Stellvertreterin.

In Planungswerkstätten wurden Ideen entwickelt für Kommunen, die öffentliche Einrichtungen für festliche Anlässe öffnen könnten, für Familien und für mehr Sozialraumangebote. Jedes vierte Kind wächst laut Sozialbericht des Landes in Armut auf. Zur finanziellen kommt die soziale Benachteiligung. Der Kinderschutzbund will gegensteuern.

Vor der Landtagswahl wurden zehn Wahlprüfsteine beschlossen mit einer Kindergrundsicherung von 502 Euro (180 davon für die Bildung), kostenlosen Einrichtungen frühkindlicher und schulischer Bildung, kostenlosen Ganztagschulen und Lernmitteln bis zur 10. Klasse, Präventionsketten, mehr Eltern- und Familienbildung, Gesundheitsmaßnahmen, Bleiberecht für minderjährige Flüchtlinge, gleichwertigen Lebensverhältnissen statt armen und reichen Kommunen, Berücksichtigung des Kindeswohls und einem gesamtdeutschen Kindersoli.